

Solidarität statt rassistischer Hetze und die Pflicht zum zivilen Ungehorsam!

Prozesserklärung von Mischa Aschmoneit und Torsten Nagel am 30.8.2017

Sehr geehrte Frau Richter, liebe Anwesenden,

wir bedanken uns bei den Zuschauer*innen für euer Kommen und besonders für die Soliaktion gerade draußen vor der Tür. Danke für die uns und DSSQ entgegengebrachte breite Solidarität und Unterstützung!

Herzlich bedanken möchten wir uns auch für die Unterstützung von meinem ehemaligem Arbeitgeber SJD – Die Falken, dem Arbeitgeber von Mischa, also dem zakk, bei unseren Kolleg*innen und bei allen Menschen, die für uns gespendet haben.

Heute ist das Bündnis Düsseldorf stellt sich quer (DSSQ) angeklagt.

DSSQ ist ein breites gesellschaftliches, von vielen Gruppen und Einzelpersonen getragenes Bündnis, das gegen die rassistische und gewalttätige Hetze der Rassist*innen und extremen Rechten von Dügida, Republikaner, AfD, Identitären, etc., Zivilcourage und zivilen Ungehorsam leistet. Mischa und ich sollen für diese Politik stellvertretend kriminalisiert und eingeschüchtert werden. Unsere Institutionen, in denen wir arbeiteten, die SPD nahe Jugendorganisation SJD – Die Falken, die von den Nazis verboten war, und das soziokulturelle Zentrum zakk, sind Mitinitiatoren dieses Bündnisses, das viele Aktionen gegen rechte, rassistische und rechtsextreme Gruppen seit Januar 2015 organisiert und angestossen hat.

DSSQ war Woche für Woche auf der Strasse, hat Gegenaktionen geplant und letztendlich den Pegida Ableger Dügida beendet. Wir haben den Düsseldorfer Appell zu Aktivitäten ermutigt und mit dem Bündnis „Düsseldorf ist bunt“ eng zusammengearbeitet. Zuletzt wurde gemeinsam von allen Bündnissen gegen einen geplanten rechten Aufmarsch zum 1. Mai gemeinsam aufgerufen. Die Politik des zivilen Ungehorsams von DSSQ trifft auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Denn wir sind viele, wir sind eins!

Ich habe angesichts der Sorge um zunehmenden Rassismus und einer Pogromstimmung, wie vor 25 Jahren in Rostock – Lichtenhagen, Mölln, Solingen, etc. 2014 das Präventionsprojekt No Border initiiert, ein Gemeinschaftsprojekt von SJD – Die Falken, dem zakk und Stay!, das bundesweite Bekanntheit erlangte, u.a. zweimal im ZDF präsentiert wurde. Wir, SJD – Die Falken, zakk, Stay! und DSSQ, das dieses Projekt mit unterstützte, haben damit bundesweit wahrgenommene Zeichen gesetzt.

Das Projekt wurde vielfach prämiert, u.a., - Schizophrenie, angesichts der Tatsache, das wir heute hier kriminalisiert werden - als Präventionsprojekt des Monats Februar 2015 des Landespräventionsrates NRW.

Eine im Rahmen dieses Projektes von Flüchtlingen 2015 gestaltete Straßenbahn fährt mit Unterstützung des Oberbürgermeister Thomas Geisel und der Rheinbahn heute noch durch Düsseldorf.

In Garath, im „Wohnzimmer“ der Republikaner, befindet sich ein von der Politik gewünschtes Graffiti für Willkommenskultur an einer Hauswand – ebenfalls eine Arbeit im Rahmen dieses Projektes, das sich entschlossen und intervenierend gegen Rassismus richtete.

Als im Dezember 2014 das erste Mal in Düsseldorf der Pegida Ableger „Dügida“ rassistische Brandstifterstimmung auf die Strasse bringen wollte, war für uns und viele andere Menschen in Düsseldorf klar: wir müssen angesichts unserer geschichtlichen Verantwortung aus der NS Zeit und dem Erleben der mörderischen Pogrome der 90iger Jahre und des Terrorismus und der Morde

des NSU mit zivilem Ungehorsam den Geflüchteten, aber auch allen anderen von Nazis bedrohten Menschen, zur Seite stehen.

In dieser Verantwortung und Pflicht wurde DSSQ gegründet, denn in Düsseldorf ist kein Platz für Rassismus.

Wir sehen zivilen Ungehorsam in Anlehnung an Jürgen Habermas und Hannah Arendt, als normalen, notwendigen Bestandteil politischer Kultur, und als Motor für gesellschaftliche Veränderung. Oder pathetischer mit dem amerikanischen Philosophen Henry David Thoreau gesprochen: „*Mach dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten.*“

Welche Maschine gilt es aufzuhalten?

Spätestens seit 2013, als Menschen sich auf den Weg machten, um der hoffnungslosen Lage von Hunger und Krieg in ein sicheres und beschütztes Leben nach Europa zu fliehen und dabei über das Mittelmeer ihren Tod in Kauf nahmen, erleben wir eine gesellschaftliche Polarisierung.

Auf der einen Seite Menschen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren und Willkommenskultur und interkulturelle Öffnung leben.

Auf der anderen Seite eine rassistische, antifeministische, rechte Formierung der Gesellschaft, die sich u.a. in den Wahlerfolgen der AfD widerspiegelt und in einer Neuorganisation der extremen Rechten. Die rechte Formierung mit einhergehender Entgrenzung der Gewalt findet jedoch nicht nur am rechten Rand ihren Ausdruck, sondern reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft.

Neueste wissenschaftliche Studien von 2016 sprechen von „Entgrenzter Mitte“, oder von „Verrohung der Gesellschaft“ und bestätigen die Forschungsergebnisse des Soziologen Wilhelm Heitmeyer zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: „*Die Menschenfeindlichkeit ist eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft.*“ Diese Verrohung der Gesellschaft zeigt sich u.a. bei Hasskommentaren im Internet oder auch bei Hetze auf der Strasse, die vergleichbar mit der vor 25 Jahren ist. Pegida mobilisiert seit Herbst 2014 bis zu 20.000 Menschen in Dresden mit rassistischer Brandstifterstimmung. In diversen Städten, wie auch in Düsseldorf, gab es Ableger, die wöchentlich rassistisch hetzen.

Im Zuge dieser rassistischen, rechten Stimmung gab es seit 2014 bundesweit, mit einem Schwerpunkt in NRW, einen immensen Anstieg von gewalttätigen Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte, gegen schwarze Menschen, People of Colour, Muslime, Refugees, Unterstützer*innen in der Flüchtlingsarbeit, Politiker*innen oder politische Gegner*innen.

Die Zahlen der Amadeo Antonio Stiftung zu Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge, immer noch mit hohem Dunkelfeld, zeigen das beängstigend auf:

2014: 247 rassistische Angriffe

2015: 1249 rassistische Angriffe

2016: 3730 rassistische Angriffe

Im Kontext der wöchentlichen Aufmärsche und verbreiteten Pogromstimmung von Dügida, Republikanern und AfD kam es auch in Düsseldorf zu gewalttätigen Angriffen. In dieser gesellschaftlichen Situation war und ist es eines jeden Menschen Pflicht, die rassistische und rechte Maschine zu stoppen. Es geht angesichts der aktuellen weltweiten Krise des Kapitalismus um die gesellschaftlich existentielle Frage, „Wie wir leben wollen?“

In einer, rassistischen, antifeministischen, diskriminierenden, antidemokratischen, nationalistischen, homogenen Volksgemeinschaft, oder in einer für alle Menschen sicheren, offenen, diversitären, interkulturellen, gleichberechtigten, demokratischen Gesellschaft.

Das Bündnis DSSQ wird weiter mit allen Mitteln des zivilen Ungehorsams für letzteres eintreten, sich deutlich gegen Rassismus, Rechtspopulismus, Sexismus und Antisemitismus positionieren und für Solidarität, Toleranz und Humanismus eintreten und dafür sorgen, dass der rassistische Normalzustand nicht Realität wird.

Gegen Jeden Rassismus! Solidarität statt rassistische Hetze!

Torsten hat ja schon etwas zu den allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen gesagt, ich sage jetzt etwas zum Tatvorwurf.

Zu Beginn des Jahres 2016 veranstaltete der Düsseldorfer Kreisverband der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ einige Kundgebungen, gegen die unser Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ (DSSQ) breite Proteste organisierte. Mehrfach wurden dabei DSSQ-Aktivistinnen von Republikanern angegangen¹, zuletzt am 1. Februar 2016, als 30 REP-Anhänger das Gründungstreffen einer antirassistischen Initiative in Garath angriffen.²

Am 15. März 2016 reagierte DSSQ auf eine erneute REP-Kundgebung mit folgendem Aufruf: *„Wir rufen dazu auf am 19.03. um 12 Uhr zum Oberbilker Markt in Düsseldorf zu kommen. Denn dort will die extrem rechte Partei „Die Republikaner“ ab 13 Uhr eine Kundgebung „gegen Asylchaos“ abhalten.*

Bereits in Garath haben wir die REPs im vergangenen Jahr massiv gestört. Was uns in Garath gelang, wird uns in Oberbilk erstrecht gelingen! Damit die REPs in Oberbilk nicht wie bereits in Garath rassistischen Müll und eine Stimmung der Angst verbreiten, rufen wir dazu auf, den REPs den Oberbilker Markt als Kundgebungsort nicht zu überlassen. Denn hier in Oberbilk heißt es Refugees Welcome! REPs not Welcome! Lasst uns gemeinsam die REPs stoppen! Stellen wir uns quer! In Düsseldorf ist kein Platz für Rassismus! Oberbilker Markt 19.03., 12 Uhr“³

Torsten und ich werden von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, an diesem Tag *„Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit“* befördert zu haben. Konkret soll Torsten eine große Zahl von Menschen zur Blockade des REP-Aufmarsches überredet haben und ich soll als Mittel zum Durchfließen der Polizeiabsperrung das Verhalten von Rugbyspielern empfohlen haben. Beide Vorwürfe sind absurd.

DSSQ hat in seinen Selbstverständnis folgendes formuliert:

„Viele sagen: Gegen einen Aufmarsch von RassistInnen und Nazis kann man nichts machen. Doch. Kannst Du!“

Wir, das Bündnis "Düsseldorf stellt sich quer", rufen dazu auf sich RassistInnen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams in den Weg zu stellen. Uns geht es darum, den Nazis und RassistInnen die Möglichkeit zu nehmen, sich ungestört entfalten zu können und ihre rassistische Hetze verbreiten zu können. Mit vielfältigem, kreativen und lautstarken Protest erreichen wir etwas - denn auf den Straßen Düsseldorfs ist kein Platz für Rassismus! Wir sagen: Refugees Welcome! Und kein Fußbreit dem Rassismus!

Wenn wir uns ihnen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams in den Weg stellen, kann es gelingen, ihnen ihren Aufmarsch streitig zu machen und ihnen den für ihre Mobilisierung so wichtigen Raum zur Entfaltung zu nehmen! Jede und jeder kann dabei mitmachen!“⁴

Dieses Selbstverständnis wird getragen von mehr als 30 Organisationen und Initiativen, darunter der DGB Düsseldorf/Bergisch Land, der Christopher Street Day Düsseldorf, Düsseldorfer Einzelgewerkschaften wie GEW und ver.di, dem Sozialverband Deutschland KV Düsseldorf, der AStA HS Düsseldorf aber auch zahlreiche Fußballfaninitiativen, Parteien und Jugendverbände.⁵

Und dieses auf Zivilcourage und Zivilen ungehorsam orientierende Selbstverständnis ist von Anfang an durch hunderte AktivistInnen mit Leben gefüllt gewesen. Es gab keinen Aufmarsch der Dügida-Rassisten, der nicht von Blockadeversuchen begleitet war, darunter auch mehrere erfolgreiche wie die am 18.9.2015, wo 1200 Aktivistinnen den braunen Spuk bereits nach 200 Metern beendeten.⁶

1 <http://www.nrz.de/staedte/duesseldorf/republikaner-patrouille-mit-schaeferhund-und-kampfstiefeln-id11511728.html>

2 <https://www.report-d.de/Duesseldorf/Aktuelles/Duesseldorf-Garath-Rechte-Schlaeger-greifen-ein-Treffen-von-Buergern-Bezirksvertretern-und-Ratsleuten-in-der-Freizeitstaette-an-54163>

3 <http://duesseldorf-stellt-sich-quer.de/blog/2016/03/16/oberbilk-bleibt-nazifrei-keine-reps-am-oberbilker-markt/>

4 <http://duesseldorf-stellt-sich-quer.de>

5 ebenda

6 Vgl.: <http://www.wz.de/lokales/duesseldorf/duegida-nach-200-metern-gestoppt-1.2020919>

Das Vorgehen der AktivistInnen vollzog sich dabei stets nach folgendem Muster: Entweder vor den Rassisten (und vor der Polizei) auf die Straße kommen oder, wenn das nicht möglich war, die Lücke in der Polizeiabsperrung finden, durch sie hindurchfließen und durch Sitzblockaden die Rassisten zum Umdrehen bewegen.

Was meint Durchfließen? Ich zitiere aus der Blockadefibel, die Grundlage zahlreicher Aktionstrainings von DSSQ war und nach der ich als Blockadetrainer unterrichtet habe: *„Beim Durchfließen der Kette, einer Situation, die für die meisten PolizistInnen ungewöhnlich ist, bedeutet das konkret: nicht alle AktivistInnen steuern die Lücken der Kette an – sondern einige gehen auch auf die PolizistInnen selber zu. Die eigene Körperhaltung verdeutlicht dabei, dass man sie nicht bedrohen will: u.a. durch offen gezeigte, unbewaffnete Hände sowie einen ruhigen, bestimmten Gang. Auf eine Polizeikette zu zu rennen, wirkt bedrohlich auf die PolizistInnen und kann leicht zu unnötiger Eskalation führen. (...) In vielen Fällen lässt sich eine Polizeikette dadurch durchfließen, dass sich die Aktionsgruppe weit auffächert und ruhig auf die sie zugeht. Die Kette wird sich dann auch in die Länge ziehen und somit durchlässiger. Wenn die PolizistInnen einzelne aufhalten wollen, bleiben diese zunächst bei „ihren“ PolizistInnen. So entstehen Lücken, durch die andere inzwischen gehen können.“*⁷

Und genau so war es am Samstag, den 19. März 2016. Etwa 80 bis 100 AktivistInnen gingen auf eine Absperrung von etwa zehn Polizisten auf einer Breite von 50 Metern zu. Einige wurden aufgehalten, viele kamen durch und setzten sich auf die Kölner Straße, von wo aus sie lautstark gegen den Republikaner-Aufmarsch protestierten. Niemand wurde verletzt, niemand wurde festgenommen, es wurden vor Ort keine Personalien festgestellt.

Aus der Logik des oben Ausgeführten ergibt sich, daß es keines Torsten bedurfte, damit die AktivistInnen die Lücke in der Polizeiabsperrung nutzten, um auf die Straße zu kommen. Und daß kein Mischa dazu aufgerufen hat, wie ein Rugbyspieler vorzugehen. Die AktivistInnen von DSSQ sind selbstbewußte Menschen - sie benötigen niemanden, der ihnen sagt, daß sie blockieren sollen. Und es wäre sehr, sehr dumm, einen Polizisten rüde anzugehen, wenn man sich wenige Meter von ihm entfernt auf die Straße setzen will.

Kurz: Wir weisen den Vorwurf der Staatsanwaltschaft zurück. Wir sind AktivistInnen von DSSQ, wir haben an zahlreichen Aktionen teilgenommen, wir waren oftmals AnmeldenderInnen von Kundgebungen und Demonstrationen – und haben natürlich an zahllosen Kooperationsgesprächen mit der Polizeiführung teilgenommen. Wir stehen voll und ganz hinter dem Selbstverständnis von DSSQ, daß auf Blockaden orientiert und zugleich auf Deeskalation gegenüber der Polizei bedacht ist.

Ich möchte enden mit einem Verweis auf ein zehn Jahre zurück liegendes Ereignis. Im September 2007 hatte die NPD im thüringischen Jena ihr sogenanntes „Fest der Völker“ angesetzt. Dagegen versammelten sich 3.000 Bürger erst zu einer Kundgebung - und besetzten dann blitzschnell Straßen und Kreuzungen, um die Zufahrten zu ihrer Innenstadt zu blockieren. In vorderster Reihe dabei: Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). In einem späteren Interview hieß es:

„Herr Schröter, wie viel Strafe mussten Sie dafür zahlen, mitblockiert, ja sogar dazu aufgerufen zu haben?

*Gar nichts. Alle Bürger kamen ohne Strafe davon. Denn es ist ihr gutes Bürgerrecht, deutlich zu machen, dass Neonazis in einer weltoffenen Stadt wie Jena nichts zu suchen haben. Nach allem, was die deutsche Geschichte gelehrt hat, sehe ich das sogar als eine Bürgerpflicht. Es wäre eine Verhöhnung der Naziopfer, einen Neonazi-Aufmarsch einfach zuzulassen.“*⁸

Dem ist nichts hinzufügen. Vielen Dank.

7 <https://www.x-tausendmalquer.de/fileadmin/x-tausend/dokumente/Blockadefibel.pdf>

8 Holger Kulick/Toralf Staud. Das Buch gegen Nazis. Köln 2009, S. 172 ff.